



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hagen, Maximilian von: Freisinnige Kolonialpolitik unter Bismarck

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Freisinnige Kolonialpolitik unter Bismarck

Von Maximilian von Hagen in Berlin



Am 30. Mai stand im Reichstag eine freisinnige Interpellation über die zwischen der Türkei, England und Deutschland schwebenden Bagdadbahnverhandlungen zur Diskussion, die ein interessantes Licht wirft auf die Stellung der Linken zu Deutschlands welt-politischen Zielen. Wenn diese auch von der Regierung, wie immer wahrscheinlicher wird, in Mesopotamien aus Rücksicht auf englisch-russische Reibungsmöglichkeiten kaum jemals in dem populären Sinne einer territorialen Fußfassung erfüllt werden dürften, weil man an der Kiderlenschen Idee einer zentralafrikanischen Kompensation größeren Stiles festzuhalten gewillt scheint, so bleibt doch, was uns hier allein interessieren soll, ganz gewiß: in jener Interpellation dokumentiert sich ein bemerkenswerter Wandel der handelspolitischen Ansichten der Fortschrittspartei, der im Hinblick auf den hier gewöhnlich herrschenden Doktrinarismus nicht genugsam verblüffen mag.

Wie sehr sich im Laufe von nur dreißig Jahren der manchesterliche Standpunkt dieser Fraktion allmählich verschoben hat, lehrt uns ein Rückblick auf die Bismarcksche Zeit, in der sich die Freisinnige Volkspartei zusammen mit ihrer sezeßionistischen Abspaltung als größter Hemmschuh unserer kolonialpolitischen Anfänge im Reichstage bewährte.

Damals — in der „Zeit des Tiefstandes der deutschen parlamentarischen Verhältnisse“ — erklärten sich die deutschen Manchestergenossen im Reichstage aus absoluter Laisser-faire-Manie und aus kleinlichen Finanzrücksichten, die ihnen wesentlicher waren, als deren nationale und kommerzielle Bedeutung, prinzipiell gegen jede Kolonialpolitik. Und noch 1889 sprachen sie durch den Mund eines ihrer Propheten\*): „Wir Freisinnigen sind nicht schuld daran, wie wir auf auch alle Ehren verzichten, welche dereinst — in hundert Jahren sagen die Vorsichtigeren — aus diesen herrlichen Anfängen erblühen können.“ Nach

\*) Bamberger, Die Nachfolge Bismarcks, Berlin 1889, Seite 15.

freisinniger Redeweise bewilligten sie daher für die „Kinderkrankheit“ der jüngsten Großmacht praktisch nur soviel als notwendig war, um die Sympathien ihrer Wähler nicht ganz zu verlieren; im Frühjahr 1885 erklärten sie aber durch Stauffenberg theoretisch und offiziell nur zu dem von Bismarck in der denkwürdigen Budgetkommission vom 23. Juni 1884 eröffneten Kolonialprogramm ihre Zustimmung, um sie freilich wieder von jedesmaliger genauer Vorprüfung der innerhalb dieses Programms liegenden Vorlagen abhängig zu machen!

Ihr Haupt war Ludwig Bamberger\*), der die Bismarcksche Kolonialpolitik im Reichstage vor allem erschwerte und von allem Anfang an bekämpfte, wie er allein schon die Samoavorlage tatsächlich zu Fall gebracht hatte. Die Art seiner oft strupellos konsequenten Dialektik, die nach einem Worte Stephans\*\*) seine Reden zur Hälfte richtig, zur anderen Hälfte aber doppelt falsch machte, gestaltete seine Diskussionen mit der Regierung vielfach unerträglich. Denn er verstand es nach Bismarcks Beobachtungen\*\*\*) durch kleine Verdrehungen und Verschiebungen sich deren Argumente derartig schußgerecht zu machen, daß sie seine Anschauungen geradezu zu bestätigen schienen. Ihre Erklärung aber findet seine zersetzend und pessimistisch erscheinende Kritik mit ihrer völligen Verständnislosigkeit für die Bedeutung einer nationalen Schutzoll-, Flotten-, Kolonial- und „Weltpolitik“ (im modernen Sinne) in seiner völligen Abhängigkeit von traditionellen Zwangsvorstellungen. Mit seinem liberalen Ideal eines kosmopolitischen Individualismus dünkte ihn eben nur der absolute Freihandel vereinbar, während ihm jede nationale Schutzpolitik als Bindung der Kräfte erschien, sei es nun auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiete. Aus manchesterlicher Überzeugung und aus Furcht vor großen Ausgaben für Rüstungszwecke lehnte er darum auch jede staatliche Kolonialpolitik ab. Denn er betrachtete als ehemaliger vorsichtig spekulierender naturalisierter Pariser Bankier, den Bismarck als sujet mixte und darum nicht gerade als einen Vertreter der Majorität ansah†), staatliche Fragen mit privatwirtschaftlichen Augen. Er machte daher seine Zustimmung zu Regierungsvorlagen von der von Bismarck mit Recht (am 14. Juni 1884) ironisierten „Rollenverteilung“ abhängig, nach der die Regierung zuvor die Rentabilität feststellen soll, obwohl es sich nach Bismarcks Gegenbemerkungen bei volkswirtschaftlichen Fragen doch nur um organische Entwicklung handeln kann. Nach der treffenden Beobachtung des Kanzlers††) sah Bamberger eben das Reich als Finanzinstitut an, das sich rentieren müsse und nicht als eine nationale Einrichtung, bei der es noch auf andere Faktoren und Gesichtspunkte ankommt.

\*) Vgl. Wippermann, Allgemeine deutsche Biographie 46 (1902), 198 und S. Duden, Preussische Jahrbücher 100 (1900), Seite 63 bis 94.

\*\*) Petersdorff, Allgemeine deutsche Biographie 54, 493.

\*\*\*) Reden X 278, 432, XII 544.

†) Reden IX 417 ff., 430 ff.

††) Reden XII 580.

Auf Bismarck wirkte das, was Bambergers sezeßionistischer Gefinnungs- und Parteigenosse Theodor Mommsen\*) an diesem „die in der Tiefe seiner Leidenschaft begründete Klarheit und Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns, seine dem Poltern und Schelten ebenso wie dem Schmolten und Grollen absagende und dadurch so überlegene Politesse du coeur, die völlige Freiheit von Bitterkeit und Eigensinn“ genannt hat\*\*), wie ein rotes Tuch. Er sah in seinem zersetzenden Widerspruch nur eine höhrende Persiflage seiner neuen Politik, die dadurch dem Fluche der Lächerlichkeit verfallt, und bekämpfte eine Opposition, die mit ihrem Pessimismus erkältend und diskreditierend wirkte einer Politik gegenüber, die mit nationaler Begeisterung begonnen worden war\*\*\*).

Den tieferen Grund der Bambergerschen Opposition, wie wir ihn oben angegeben haben, konnte er freilich nicht einsehen. Bamberger traute von seinem Standpunkte aus dem Kanzler in den wirtschaftlichen Fragen der inneren Politik überhaupt nicht. Er bekämpfte daher die Dampfervorlage, die er für undurchsichtig und unbegründet hielt. Denn er erkannte nur die Bedeutung des deutschen Verkehrs mit den Vereinigten Staaten an, die er als das naturgemäße Absatzgebiet für überschüssige deutsche Bevölkerung ansah. Einer Monopolisierung der Auswanderung, die er von der Kolonialpolitik erwartete, widerstrebte er ebenfalls, ohne den Bismarckschen Äußerungen zu glauben, die dem von vornherein widersprachen†). Zudem behauptete er, daß der deutsche Export auch mit fremden Schifffahrtslinien gut gefahren sei und bestritt theoretisch überhaupt die Erfolge der Dampfersubventionen, wie er sie praktisch bei anderen Staaten leugnete. Denn er sah von seinem doktrinären Standpunkt aus in jeder Staatssubvention nur heillose Verschwendung und gewalttames Eingreifen in

\*) Dessen Kampf gegen Bismarcks neue nationale Wirtschaftspolitik oder wie er sich ausdrückte „die Wirtschaftspolitik der neuen Propheten“, die er in der berüchtigten Charlottenburger Wahlversammlung vom 24. September 1881 „nicht bloß eine Politik der gemeinsten Interessen, sondern auch des Schwindels“ nannte (was ihm das bekannte Satyrspiel vor Gericht eintrug, vgl. Hartmann, Biogr. Jahrb. IX [1904], 494 ff., auch Böhlmann, aus *Altertum und Gegenwart* II, München 1911, Seite 340); diesen Kampf hat jetzt auch sein Nachfolger auf dem Berliner Lehrstuhl, Eduard Meyer (*Kleine Schriften*, Halle 1910, Seite 548 f.), unumwunden mit den Worten bedauert: „in ihm hat er gezeigt, daß auch der größte Theoretiker versagen und in seiner Haltung unsicher werden kann, wenn es auf das praktische Handeln und den Willen zur Tat ankommt“, eine Beobachtung, die E. Meyer zum Unterschied von Tat- und Kulturgenieis mehrfach fein formuliert hat, vgl. *Gesch. d. Altert. I*, 2. Aufl. (1907) 173 ff., dazu in seiner Schrift „Zur Theorie und Methodik der Geschichte“ (Halle 1902) und in dem Vortrag über „Humanistische und geschichtliche Bildung“ (Berlin 1907), wo er die Schwere eines mit Verantwortung gefaßten Willensentschlusses der „eminenten“ Persönlichkeit, den scheinbar kleinen Schritt vom Denken zum Handeln und somit die wahre Größe einer historischen Tat — gerade für den Historiker, der das werdende aus dem gewordenen begreift, als schwer erreichbar hinstellt.

\*\*) Mommsen, *Reden und Aufsätze*, 2. Auflage 1905, Seite 471.

\*\*\*) *Reden* X 188, 278, XII 539, 550, 583.

†) Vgl. meinen Aufsatz darüber in Heft 1 der *Grenzboten* von 1913.

gesunde wirtschaftliche Bewegungen und befürchtete vor allem die Verstaatlichung der deutschen Reederei\*). In kolonialpolitischer Beziehung war er oppositionell, weil ihm immer noch die Samoavorlage im Kopfe spukte. Er sprach darum immer wieder von „nebelhaften“ Kolonialprojekten, wobei ihm die durch schwindelhafte Anlage mißglückte Unternehmung des Marquis de Rays in Neu-Zealand vorschwebte. Er verwarf auch die Postdampfervorlage in Bausch und Bogen, weil er sie mit faulen Gründungen in Verbindung brachte, wodurch er beinahe die geheime Errichtung des Hamburger Handels- und Plantagenunternehmens der Südseeinseln aufgedeckt und vereitelt hätte. Auch hierin hatte er den Beifall seines großen Parteifreundes Mommsen, der an seinem Grabe meinte\*\*): allerdings ist es ihm nicht gelungen, „dem gesunden (!) Menschenverstand gleichfalls zu seinem Recht zu verhelfen“; vielmehr habe er, dem das Kredit und Debet des kolonialen Gründertums (!) im Auslande klar geworden sei, vergeblich gegen den „Mut der Unwissenheit und seine politische Ausnutzung“ gestritten, vergeblich auch den größten aller staatlichen Opportunisten rechtzeitig gewarnt!

Betrachten wir diese Warnungen, die Bismarck von einem weltgeschichtlichen Schritte abhalten sollten! Am 23. Juni 1884 richteten sie sich gegen „Nasenstüber“, die die Flaggenhissungen in den Kolonien dem Reiche bringen würden: wenn nicht zu Bismarcks Zeiten, so doch später, sobald sein persönlicher Einfluß drohende Gefahren nicht mehr beschwören könne und die realen Machtmittel zu ihrer Verhinderung fehlen würden. Fürchtete doch Bamberger, England freue sich über Deutschlands Kolonialpläne, die es in Verwicklungen bringen und leichter angreifbar machen würden. Bismarck aber hatte nicht den Mut dieser Bankerotterklärung auf überseeische Unternehmungen, zudem besorgte er bei Deutschlands Bündnisfähigkeit keine Gefahren für den Frieden\*\*\*). Tatsächlich ließ sich auch mit solcher Ängstlichkeit keine große Politik verfolgen. Mit Recht betont Bismarcks kolonialpolitischer Paladin Heinrich von Kufferow †), „daß wir in den Jahren 1884/85 überhaupt keine Kolonien erwerben konnten, ohne hierbei auf den Einspruch oder einen durch die Nachbarschaft irgendeiner Kolonie begründeten sogenannten geborenen oder geographischen Anspruch zu stoßen“. Wenn aber Bamberger den Kanzler warnen zu müssen glaubte, die Ehre des Reiches nicht nach den Inspirationen eines jeden abenteuernden Deutschen zu engagieren, so durfte Bismarck darin mit Recht eine Geringschätzung seiner Urteilsfähigkeit und Sachkunde sehen, da es doch klar war, daß er sich nicht „mit der ganzen Schwerefülligkeit der deutschen Rasse“ für jeden hergelaufenen Lump festgelegt haben konnte ††).

\*) Reden X 158 ff.

\*\*\*) a. a. O. 472.

\*\*\*\*) Reden X 194 ff., 214.

†) Deutsche Kolonialzeitung 1899, Seite 404.

††) Reden X 210.

Nachdem dieser Angriff abgeschlagen war, warnte Bamberger am 26. Juni vor „Schützenfeststimmung“, womit er den kolonialen „Völlerfrühling“ ironisierte. Bismarck antwortete, daß die kolonialpolitische Überzeugung tief in den gebildetsten Volkskreisen wurzele und fragte Bamberger ein andermal, ob er auch alle englischen Anstrengungen, die deutsche Kolonialpolitik zu verhindern, für eine phantastische „Schützenfestlaune“ halte; auch erklärte er, daß er keine „Schützenhausstimmung“ von der Nation verlangt habe, sondern nur ein gewisses Verständnis, das entschlossen sei, die neue Regierungspolitik allen Widerständen gegenüber zu unterstützen\*).

Weniger zu widerlegen waren die parteipolitischen Argumente Bambergers. Wer keine Kolonialpolitik will, ist durch Gegenargumente auch nicht zu überzeugen. Und was ließ sich auch ohne Erfahrungen gegen die Behauptung sagen, daß die Erweckung der Hoffnung auf deutschen Schutz im Ausland die Auswanderung, die noch kurz zuvor ihren Höhepunkt erreicht hatte, um ohne jeden vorher anzugebenden Grund von selbst wieder abzunehmen — gewissermaßen prämiieren werde, zumal Bismarck über diese Frage so schwankende Vorstellungen hatte? Was ließ sich machen, wenn eine Partei die Kosten verweigerte, die jener Schutz beanspruchen würde, weil sie eben diesen Schutz überhaupt nicht wollte?\*\*)

Der andere gefährliche liberale Antipode Bismarcks war, wenn auch nicht so fanatisch wie Bamberger, Eugen Richter, dessen letztes Ziel schon lange nichts anderes war, als der Kampf gegen den großen Kanzler\*\*\*). Dieser negative doktrinaire Kritiker aus Prinzip versagte von vornherein (schon am 23. Juni 1884) der Kolonie jede finanzielle Unterstützung, weil er Demonstrationen gegen das vetterliche England befürchtete, mit dem Deutschland nicht brechen dürfe. Er entwickelte dabei nach Bismarcks Bemerkung†) die Gabe, die Äußerungen der Regierungsvertreter in einer Weise zurechtzustellen, daß sie nicht wiederzu-

\*) Reden X 385, XI 54, 78, vgl. meinen Aufsatz über „Bismarcks parlamentarische Kämpfe um die Kolonien“ im Neuen Deutschland vom 10. Mai 1913.

\*\*) Die Frankfurter Zeitung, zu deren Anschauungen sich auch die deutsche Volkspartei auf ihrem Parteitag im September 1889 in Kaiserslautern bekannte, schenkte nur der „anfangs maßvollen Politik“ Bismarcks ihr vollstes Vertrauen, warnte dagegen vor jeder „übereilten Annexionspolitik“ — als ob man anders als „übereilt“ annectieren könne! — in der beklemmenden Überzeugung, daß ein Reich, das nach Moltes Ausspruch noch 50 Jahre mit den Waffen in der Hand seinen Besitzstand zu sichern haben werde, unmöglich das Wagnis einer verspäteten Kolonialpolitik unternehmen und damit den Keim zu unabsehbaren internationalen Verwicklungen legen dürfe. Daher wandte sie sich gegen jede kriegerische Eroberungspolitik und deren weltpolitische „Auswüchse“ und zog für die Zukunft aus den Erfahrungen der Bismarckschen Kolonialpolitik und ihrer Gefahren für den europäischen Frieden die Lehre: „Je weniger Reibungen wir im schwarzen Erdteile haben, desto mächtiger sind wir in Europa“ (vgl. Gesch. d. Frankfurter Ztg., Große Ausgabe 464, 468).

\*\*\*) Vgl. Nachsah!, Zeitschrift für Politik V 303, 306, 312, 372, Garden, Köpfe I (Berlin 1910), Seite 211 ff.

†) Reden X 201.

erkennen waren, und aus ihnen den Stoff zu nehmen, um wirksame Kritik üben zu können. Unsympathisch und unbequem war dem Kanzler dabei aber besonders Richters Widerspruch und Erörterung heißer internationaler Fragen. Denn diese verträgen nach seiner immer wieder geäußerten Ansicht das Tageslicht nicht, würden aber gerade deswegen von den Freisinnigen ausgebeutet, weil sie darin den wunden Punkt getroffen zu haben glaubten, auf dem sie zugunsten des Auslandes und zum Schaden Deutschlands reiben könnten: „Da kann die Regierung Mißerfolg haben . . . dann wird triumphiert in allen freisinnigen Blättern: vollständige Niederlage des Fürsten Bismarck!“<sup>\*)</sup> Denn nach Bismarcks Behauptung galt Richter dem Inland für „kompetent in europäischen Fragen, den fortschrittlichen Kreisen aber, gestützt durch seine Presse, für die geborene Autorität“ und den unbestrittenen Diktator; das Ausland aber sah in ihm angeblich den bedeutendsten Oppositionsführer, also den Vertreter einer Volksmajorität, und England zumal — nach seinen parlamentarischen Begriffen — den künftigen Minister, der zurzeit der herrschende Punkt im politischen Leben Deutschlands sei<sup>\*\*</sup>).

Darum ließ sich Bismarck, der ihn trotz seiner ungefälligen Manieren als unbestechlichen Charakter und als vorzüglichen Redner schätzte, wenn er auch vielfach seinetwegen den Reichstag verließ, was Richter niemals wieder vergalt<sup>\*\*\*</sup>), immer in lange Polemiken über an sich harmlose Äußerungen Richters ein, um Mißverständnissen im Auslande vorzubeugen. Er betonte, Richters Parteinahme für die englische Auffassung der Lage „bei divergierenden und rivalisierenden Interessen zweier Nationen“ habe ihm seine Versuche, eine Übereinstimmung auf einem für Deutschland möglichen Boden zu finden, erschwert und die Stellung der deutschen Regierung in ihren Verhandlungen mit London notwendig geschwächt<sup>†</sup>). Zum besonderen Vorwurf aber machte er es ihm, daß er bei seinem Eintreten für England, gegen dessen Annexionspolitik Richter den Reichstag nicht engagiert wissen wollte, neben der Stammesverwandtschaft, den historischen Traditionen und der ganzen Entwicklung auch die dynastische Verwandtschaft als ausschlaggebend für das Verhältnis zu England erwähnte. Denn er glaubte, in der Berührung der dynastischen Beziehungen weniger den Ausdruck von Richters Royalismus und Patriotismus zu sehen, der ihm wenig Vertrauen einflößte, als den immer von Gegnern der Dynastie gemachten Versuch, dieselbe dadurch zu schädigen, daß ihre Interessen in den Vordergrund internationaler Verhandlungen geschoben würden, bei denen es doch allein auf nationale Interessen ankäme. Er wies daher aus Beispielen aus der Geschichte nach, daß auch weiterhin das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere der kaiserlichen „unter allen Umständen jederzeit auf Seiten der nationalen

\*) Reden X 214, XII 555.

\*\*\*) Reden X 375, XI 55, 92, 120, 134 f., 145, 371, 375.

\*\*\*) Poschinger, also sprach Bismarck III 327, Nachschl. a. a. D. 372 ff.

†) Reden XI 99, 119 f.

Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waagschale fallen würde\*).

In Wirklichkeit bekämpfte Bismarck, wie man auch aus Buschs Tagebuchblättern herausfühlen kann, in Eugen Richter den Führer der „Kronprinzenpartei“, der mit Windthorst zusammen bei dem nahenden Thronwechsel den Kanzler zu stürzen hoffte und sein Ansehen noch zu seinen Regierungszeiten bei Hofe zu untergraben suchte, indem er das der Krone gefährliche Märchen vom Hausmaiertum erfand: mochte der Kanzler auch überzeugt sein, daß die erwartete „liberale Ära“ mit der Thronbesteigung des späteren Kaisers Friedrich ein Ende haben werde, da dieser nach seiner ganzen Natur lieber Hammer als Amboss sein würde und sein olympisches Hoheitsgefühl gegen ein Königtum unter der Vormundschaft des Freisinns spräche\*\*).

Wenn Richter schließlich am 10. Januar 1885, um seine Verwahrung vom 26. Juni 1884 zu verwirklichen, daß sich seine Partei nicht von dem Grundsatz leiten lasse: diesem Ministerium keinen Groschen, sondern von der Devise: diesem Ministerium nicht jeden Groschen! — was Bismarck übrigens auch nur ironisch akzeptierte — unter dem Druck der Volksstimmung der Kolonialpolitik Bismarcks als übereinstimmend mit dem Regierungsprogramm vom 23. Juni 1884 beipflichtete, so verweigerte er seine Zustimmung am 4. Februar zur Neu-Guineapolitik, weil sie darüber hinausgehe. Daß seine gelegentliche Zustimmung zur neuen Politik opportunistischer Laune und nicht staatsmännischer Einsicht entsprang, bewies jedoch seine Stellung zur Postdampfervorlage, die er „nach seiner Gewohnheit zu verfahren“\*\*\*) für ein Wahlmanöver hielt: womit er zweifellos auch die Ansichten des Auslandes bestärkte, das erst recht Bismarcks am 3. Februar 1866 im preußischen Abgeordnetenhaus geäußerten Grundsatz vergessen hatte: „Wir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen.“ Zur Höhe einer kolonialfreundlichen Demokratie, die in der Weltpolitik die Möglichkeit zu freier Betätigung der mittleren und unteren Klassen sieht, vermochte sich Richter eben niemals aufzuschwingen, was Carl Peters für einen Beweis seiner politischen Unfähigkeit erklärt†). Seine Art, das Schreckgespenst eines Krieges des „deutschen Landwehrmannes“ mit afrikanischen Wilden an die Wand zu malen, sowie die lange Zeit übliche fortschrittliche Beurteilung kolonialer Fragen, die ohne Sinn für organische Entwicklung nach kurzer Zeit schon von verkrachten Geschäften und unbestritten ödem Besitz sprach, die Südwestafrika für eine baum- und wasserlose Sandwüste hielt††), obwohl

\*) Reden XI 99 f., 118 ff., 124, XII 155.

\*\*\*) Gedanken und Erinnerungen II 333 ff.; Mitmacht, Erinnerungen an Bismarck, N. F. 43; Poschinger, Also sprach Bismarck III 224; Busch III 89 ff., 164, 192 ff., vgl. jetzt auch G. Freytags Briefe an seine Gattin.

\*\*\*\*) Grenzboten 1884, III 161.

†) Zur Weltpolitik 113 f.

††) Schon Herbert Bismarck bemerkte in der Reichstags-sitzung vom 27. November 1889, daß „dahinter“ gutes Weideland liege, das eine gute Viehzucht verspreche (Benzler, Herberts

man damals davon nur wenige Quadratmeilen dieses entwicklungsfähigen, für Viehwirtschaft hochgeeigneten Landes kannte: das alles beweist, daß Richter in der Tat jedes kolonialpolitische Verständnis abging.

Hervorgetreten ist unter den Freisinnigen im Kampfe gegen die Kolonialpolitik besonders noch Rudolf Virchow\*), den seine Partei nach Zurückweisung ihrer Argumente als letzten in die Arena vorschob, damit er die neue Politik mit wissenschaftlichen, tropenhygienischen Waffen bekämpfe. Seine Autorität in kolonialen Fragen beanstandete Bismarck freilich, weil sie nicht aus empirischer Kenntnis hervorging, so sehr er sie in theoretischen Fragen der Klimatologie und Anthropologie anerkannte. Virchows Vorwurf, daß Bismarck gerade die Malariaplätze zu Kolonien ausgesucht habe, die die Weißen bisher mit Beharrlichkeit vermieden hätten, wies Bismarck mit der schon erwähnten Erklärung zurück, daß nicht er, sondern der deutsche Handel sie mit der Bitte um Schutz ausgewählt habe und daß er diesen gewähren mußte, ohne erst an das medizinische Amt und seinen Leiter die Frage stellen zu dürfen: „Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben?“\*\*) Zudem erklärte er die Kolonien für Versuchstationen, deren Aufgabe immerhin möglich sei, und erinnerte daran, wie oft für solche von Medizinern enorme Gelder verausgabt würden, während das Reich zum ersten Male sich derartige Experimente gestatte. Virchows Annahme, daß Deutsche sich erst „im Laufe von vielen Jahrhunderten“ dort akklimatisieren würden, modifizierte er durch den Hinweis auf die Hanseaten, die dort leben, „ohne wie die Fliegen dahinzusterben“. Dabei vergaß er freilich zu bedenken, daß Virchow unter Auswanderern nach den Kolonien deutsche Bauern meinte, die in der Tat ohne die Mittel und Erfahrungen der Vertreter der großen hanseatischen Handelshäuser sicherlich anfangs den Strapazen des Lebens in ungewohnten Klimaten nicht gewachsen gewesen wären\*\*\*). Leider war ihm aber ein Faktor, den Einsichtige †) schon damals zur Erklärung des afrikanischen Fieberrenommées fanden, noch unbekannt. Hätte er geahnt, daß die Kaufleute durch möglichst schwarze Schilderungen der afrikanischen Lebensbedingungen sich nur die Konkurrenten tunlichst vom Halse halten wollten, so würde er auch Virchows Argumente,

Reden 71); der Altreichskanzler aber versuchte die ange deuteten Behauptungen, die immer wieder widerlegt werden müssen, weil sie von der Linken noch immer nachgehlet werden (vgl. Böhm, Zeitschr. f. Kolonialpol. usw. 9 [1907], 251 ff.), nur mit seiner schon erwähnten Überzeugung von der Urteilsfähigkeit der deutschen Kolonialpioniere in die Wege unserer Kolonien zu entkräften.

\*) Reden XI 131 bis 142.

\*\*) Heute gibt das Reichskolonialamt (bei E. S. Mittler u. Sohn) Medizinalberichte über die deutschen Schutzgebiete heraus.

\*\*\*)) Vgl. dazu etwa H. Ziemann, Gesundheitlicher Ratgeber für die Tropen, 4. Auflage, Berlin 1913, und Hüge = Berth, Tropenkrankheiten und Tropenhygiene, Leipzig 1912.

†) Vgl. Charpentier = Zimmermann, Entwicklungsgeschichte der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches, Berlin 1886, Seite 86.

diese letzte Waffe des Freisinns entkräftet haben, die mit dem Gespenst von Fieberhöhlen und Sandwüsten — übrigens die gleichen Titel, die man einst den jetzt schon längst blühenden australischen Ansiedlungen gab — gegen die Kolonialpolitik der Regierung anzurennen suchte.



## Die Bedeutung der englischen Kinderauswanderung nach Kanada

Von Dr. E. Munzinger in Berlin

Über die Kinderauswanderung aus England ist in Heft 45 vorig. Jahrgs. und in Heft 29 dieses Jahrgs. berichtet worden.



Um zu einem abschließenden Urteil über Wert und Unwert der Kinderauswanderung zu gelangen, müssen die drei beteiligten Faktoren: Kind, England, Kanada berücksichtigt werden. Mrs. Joyce, eine gründliche Kennerin der Verhältnisse hien und drüben, zieht in kurzen Worten dieses Fazit: „Ein jedes dieser Kinder ist im alten Lande überflüssig und in Kanada\*) soviel wert als sein Gewicht in Gold beträgt.“ Ein lakonisches Urteil, das im folgenden zu prüfen und — zu beweisen ist.

Welches Kind ist überhaupt zur Auswanderung geeignet? Wir sind in den besitzenden Klassen leicht geneigt, an Proletarierkinder den Maßstab der behüteten und verwöhnten Kinder unserer Kreise zu legen, das geringe Maß von Verantwortungsgefühl und Initiative auch bei Kindern der unteren Klassen vorauszusetzen. Wer aber einmal in sozialer Jugendarbeit gestanden hat, weiß, wie viel selbstbewußter, leistungsfähiger, unternehmender, verwegener die Kinder der „Gasse“ heranwachsen, die von keiner elterlichen Fürsorge behütet, von keiner Gewalt Erwachsener eingeschüchtert, sich inmitten eines frühzeitigen Kampfes ums Dasein entwickeln. Und die Auswanderungsfrage — das muß man stets gegenwärtig haben — berührt in erster Linie nur solche Kinder, denen aus irgendeinem Grunde ein fürsorgliches Heim fehlt. Die Auswanderung ist zudem ein freiwilliger Willensakt von seiten des Kindes, niemals die Frucht von Überredung und Vergewaltigung.

Zwar Anstaltskinder mögen unter einer gewissen Suggestion stehen, insofern, als es als eine Auszeichnung gilt, „kanadatüchtig“ zu sein. Auswandern

\*) Each too many in the old country, each worth his weight in gold in Canada.